

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

4.1.1928 (No. 3)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkontos
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. M. v. d. n.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschließlich Zustellgebühr — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vertretung, und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfaden und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Amerika, Frankreich und der Antikriegsvertrag

Die formelle Einleitung an Frankreich, sich den Vereinigten Staaten bei dem allen großen Mächten der Welt zu unterbreitenden Vorschlag eines umfassenden Vertrages anzuschließen, wird nun vom Washingtoner Staatsdepartement veröffentlicht. Der Vertrag soll die Erklärung enthalten, daß die Mächte auf den Krieg als Werkzeug der nationalen Politik verzichten.

Staatssekretär Kellogg hat in einem Brief an die französische Regierung angeregt, daß die beiden Regierungen, anstatt sich mit einer zweiseitigen Erklärung zu begnügen, einen bemerkenswerten Beitrag zum Frieden der Welt leisten könnten, indem sie sich zusammenschließen in einer Vereinbarung, die Zustimmung sämtlicher Hauptmächte der Welt zu einer Erklärung zu erlangen, worin auf den Krieg als Instrument nationaler Politik verzichtet wird. Wenn eine derartige Erklärung von den Hauptmächten der Welt zur Durchführung gebracht würde, so würde sie naturgemäß ein einflussvolles Beispiel für alle anderen Nationen der Welt sein, und es wäre denkbar, daß sie diese Nationen dazu bringen würde, ihrerseits das gleiche Dokument zu unterschreiben, wodurch eine Vereinbarung, die bisher für Frankreich und Amerika als Vertragspartner angeregt war, sich auf alle Mächte der Welt ausdehnen würde. Die Regierung der Vereinigten Staaten ist daher bereit, mit der französischen Regierung Rat zu pflegen im Hinblick auf den Abschluß eines Vertrages unter den Hauptmächten der Welt, dessen Unterzeichnung allen Nationen freigestellt wäre. Wenn die französische Regierung gewillt ist, sich dieser Bemühung anzuschließen und mit den Vereinigten Staaten und den anderen Hauptmächten einen geeigneten Kollektivvertrag einzugehen, werde ich mich freuen, sofort Besprechungen im Hinblick auf die Vorbereitung eines Vertragsentwurfes, der den von Briand vorgeschlagenen Richtlinien folgen würde, aufzunehmen, der dann von Frankreich und den Vereinigten Staaten gemeinsam den anderen Nationen der Welt unterbreitet werden würde.

Der diplomatische Redakteur der französischen „Agentur Havas“ glaubt über den Stand der Friedensverhandlungen folgendes berichten zu können: Minister Briand erklärt sich in der an den französischen Botschafter in Washington übermittelten Antwort auf die Anregungen der amerikanischen Regierung mit der von Kellogg gegebenen Grundlage einverstanden, wünscht aber eine Präzision hinsichtlich einiger Punkte, besonders für den Fall einer Ablehnung der Ratifizierung durch den amerikanischen Senat, sowie hinsichtlich der Bedeutung des Vorbehalts, durch den die Anwendung des Schiedsgerichtsvertrages in dritte Mächte eingehenden Angelegenheiten ausgeschlossen werde. Was die angeregte Erklärung der Achtung des Krieges anlangt, so ist der französische Minister des Äußeren über die Aufnahme dieses Vorschlages durch den amerikanischen Kollegen erfreut. Aber wenn, wie Kellogg es in seinem Schreiben andeutet, das geplante Abkommen nicht nur Frankreich und die Vereinigten Staaten binden soll, so wünscht Briand eine eingehende Prüfung der Frage, damit den Rechten und Pflichten kein Abbruch getan werde, die sich für die interessierten Nationen aus dem Völkerbundsstatut und den bestehenden Abkommen (1) ergeben.

Barter Gilbert über die Reparationsfrage

Barter Gilbert, der am Samstag mit Dawes in Washington eingetroffen war, suchte Dienstag früh den Staatssekretär Kellogg auf und wurde mittags von Coolidge zum Vortrag über die Ergebnisse des letzten Jahres seiner Tätigkeit in Berlin empfangen. Im Anschluß an den Vortrag beim Präsidenten erklärte er dem W.D.B.-Vertreter, er müsse der desilantierten Natur seiner Stellung wegen sehr vorsichtig sein; wer jedoch seinen letzten Jahresbericht genau lese, werde darin eine vollständige Darstellung seiner Stellung zu den finanziellen Problemen Deutschlands finden. Er habe wirklich nichts verschwiegen und beachtete nicht, hier im gegenwärtigen Augenblick Verhandlungen über eine etwaige Änderung der Reparationspolitik zu führen. Er liebe Berlin und würde gern noch längere Zeit dort tätig sein, könne aber jetzt über die Dauer seiner dortigen Tätigkeit nichts sagen. Er fahre jetzt nach Newyork und werde am Freitag mit der „Aquitania“ die Nordreise antreten, auf welcher er in Paris Station machen werde.

Eine neue Verhaftung im Elsaß. „Echo de Paris“ meldet aus Straßburg, daß die Sicherheitspolizei Dienstagabend den der autonomistischen Bewegung angehörenden Sohn des früheren Unterstaatssekretärs für Elsaß-Lothringen, Karl Haug, verhaftet habe. — Die Agentur Havas meldet, daß die Polizei trotz einer Jagd im Auto durch ganz Elsaß den evangelischen Pfarrer Dinkel nicht habe verhaften können. Es sei ihm gelungen, über die deutsche Grenze zu entkommen.

Genossenschaftswesen. Nach der Statistik des Reichsverbandes zählte man am 1. Januar 1928 im ganzen 40 095 wirtschaftliche Genossenschaften, davon 118 Zentralgenossenschaften, 20 670 Spar- und Darlehenskassen, 4676 Bezugs- und Absatz-, 4090 Molkerei- und 10 651 sonstige Genossenschaften.

Unvollständige Elektrifizierung. Wie in Stockholm bekanntgegeben wird, hat sich herausgestellt, daß der elektrische Betrieb der Eisenbahnlinie Stockholm-Göteborg jährlich sich um eine Million Kronen teurer stellen wird als der frühere Dampftrieb.

Letzte Nachrichten

Amerikanische Stiftung für die Universität Heidelberg

NEW YORK, 4. Jan. (Tel.) Botschafter Schumann teilte bei einem ihm zu Ehren gegebenen Abschiedessen der Steuben-Gesellschaft mit, daß die auf seine Veranlassung vorgenommene Sammlung für die Universität Heidelberg bereits 280 000 Dollar ergeben habe. Der Hauptgeldgeber ist John D. Rockefeller jun. Weitere Beträge, auch aus deutsch-amerikanischen Kreisen, sind in Aussicht gestellt.

Die Bahnbauten der Reichsbahn

M. Berlin, 4. Jan. (Priv.-Tel.) Vor einiger Zeit hatte der Reichstag den Reichsverkehrsminister ersucht, ein Bauprogramm aufzustellen, das nun auch veröffentlicht wurde. Es enthält, wie mitgeteilt, auch verschiedene von der badischen Regierung unterstützte Nebenbahnbauvorschlüsse für Baden. Wie wir dazu erfahren, handelt es sich bei dieser Zusammenstellung aber nicht um Pläne, die sofort verwirklicht werden können, weil die Geldmittel dazu nicht ausreichen. Man hat lediglich eine Zusammenstellung der Pläne für die einzelnen Länder gemacht und auch die Eisenbahnlinien zusammengezeichnet, welche durch die Verrechnung ungenutzter Bahnanlagen infolge des Verfallens von Verkehrsverbindungen notwendig sind.

Die Zwischenfälle im besetzten Gebiet

M. Berlin, 4. Jan. (Priv.-Tel.) Die Zwischenfälle im besetzten Gebiet haben zu Vorstellungen der Reichsregierung bei den zuständigen französischen Stellen geführt. Im Fall Kaiserslautern, wo ein deutscher Arbeiter von einem französischen Offizier schwer mißhandelt wurde, wird durch die Militärbehörde eine Untersuchung eingeleitet werden. In Zweibrücken wurde bekanntlich das Bismarckdenkmal von 15 französischen Offizieren besudelt und andere Ausschreitungen begangen. In diesem Fall hat die französische Regierung bereits der deutschen amtlich ihre Entschuldigungen ausgesprochen und eine strenge Bestrafung zugesagt.

Kardinalstaatssekretär Gasparri

M. Berlin, 4. Jan. (Priv.-Tel.) Aus dem Ausland verbreitete Meldungen über den Rücktritt des Kardinalstaatssekretärs Gasparri werden von Rom aus im Vatikan entschieden dementiert.

Die Regierungsbildung in Lettland

M. Berlin, 4. Jan. (Priv.-Tel.) Mit der Bildung der lettlandischen Regierung ist nach dem Scheitern Dr. Schlemanns (Deutsche Minderheit) wie gemeldet der Sozialdemokrat Holzmann beauftragt worden. Doch ist es äußerst zweifelhaft, ob sich die deutsche Minderheit an einer solchen Regierung beteiligen wird. Man erwartet vielfach, daß Holzmann, der sich bis Donnerstagabend in Lettland aufhielt, seinen Auftrag zurückgeben wird und daß dann das demokratische Zentrum, an dem die Deutschen bekanntlich gescheitert sind, die Regierungsbildung übernehmen wird.

Die „Hochverratsaffäre“ in Bolivien

M. Berlin, 4. Jan. (Priv.-Tel.) Vor einigen Tagen wurde mitgeteilt, daß drei Deutsche, aus Danzig stammende Unteroffiziere, in Bolivien vor das Kriegsgericht gestellt wurden. Deutsche Ermittlungen haben ergeben, daß drei ehemalige Unteroffiziere, die auf Privatdienstvertrag in der bolivianischen Armee tätig waren, den Versuch gemacht haben, in die Dienste Paraguays einzutreten und deshalb wegen Landesverrats sich vor dem Kriegsgericht zu verantworten haben werden. Wahrscheinlich wird auf Ausweisung erkannt werden.

Verhaftung von Sowjetangehörigen in Riga

NEW YORK, 4. Jan. (Tel.) Anlässlich des neunten Jahrestages der Einnahme Rigas durch die Bolschewisten fand trotz des polizeilichen Verbotes eine kommunistische Versammlung statt, bei der 15 Kommunisten, darunter zwei Angestellte der sowjetrussischen Handelsmission, verhaftet wurden.

Lindbergh soll in Nicaragua vermitteln

NEW YORK, 4. Jan. (Tel.) Associated Press meldet aus San Salvador: Eine Gruppe hier ansässiger nicaraguanischer Privatbürger überreichte dem Flieger Lindbergh eine Denkschrift, in der sie ihn als Lufthelden und Friedensbotschafter begrüßen und ihn ersuchen, seine guten Dienste auszuüben, damit die amerikanischen Marinesoldaten ihre Feindseligkeiten in Nicaragua einstellen.

* Ein bedenkliches Missverständnis

Gleich nach dem Dawes-Abkommen und noch mehr nach dem Abschluß des Vertrages von Locarno hat die deutsche Öffentlichkeit die Auffassung vertreten, daß ein triftiger Grund zur Beibehaltung der Besetzung deutschen Gebietes nicht mehr gegeben sei. Von der Gegenseite wurden wir darauf hingewiesen, daß die Entwaffnung Deutschlands noch nicht abgeschlossen sei. Auch dieses Argument ist seit Jahresfrist hinfort geworden: die Botschafterkonferenz hat selber anerkannt, daß Deutschland alles getan hat, um seinen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag, soweit sie sich auf die Frage der Entwaffnung beziehen, zu erfüllen.

Politisch und moralisch besteht also kein Grund mehr, die Besetzung deutschen Gebietes aufrecht zu erhalten. Und formaljuristische Argumente können, wie gesagt, auch nicht mehr angeführt werden. Finanzpolitisch ist durch das Dawes-Abkommen eine Situation geschaffen worden, die allen berechtigten Wünschen unserer fröhlicher Gegner Rechnung trägt. Im übrigen darf nicht vergessen werden, daß die Reparationsfrage nach dem Wortlaut des Friedensvertrages keineswegs mit der Frage der Rheinlandbesetzung unauflöslich verbunden ist. Die Rheinlandbesetzung wird nach 15 Jahren sowieso aufhören, die Reparationszahlungen werden aber so gut wie sicher noch länger andauern. Und nirgendwo steht geschrieben, daß die Dauer der Rheinlandbesetzung von der Bezahlung der Reparationen abhängig ist.

Vielleicht hätte man den Umstand, daß Deutschland noch nicht Mitglied des Völkerbundes war, im Sinne einer Beibehaltung der Besetzung ausnutzen können. Seitdem aber Deutschland Mitglied des Völkerbunds und ständiges Mitglied des Völkerbunds geworden ist, können auch in dieser Hinsicht keine Bedenken gegen uns geltend gemacht werden. Wie man auch die Dinge betrachten mag, immer wieder ergibt sich die Erkenntnis, daß nichts mehr für eine Aufrechterhaltung der Besetzung spricht. Der Friedensvertrag gibt Deutschland ausdrücklich das Recht, eine frühzeitige Räumung zu beantragen, wenn sonst die Verpflichtungen aus dem Vertrag erfüllt sind. Deutschland hat offiziell einen solchen Antrag noch nicht gestellt. Wahrscheinlich, weil man den günstigsten Augenblick dafür noch abwarten will. Daß ein solcher Antrag kommen wird, steht aber außer allem Zweifel.

Leider scheint man im Ausland und speziell in Frankreich unser Zögern falsch zu verstehen. Und offenbar ist auch die bisherige Haltung der deutschen Presse nicht geeignet gewesen, dem Ausland die Dringlichkeit unserer Forderung klar zu machen. Denn sonst wäre es unmöglich, daß französische Regierung haben, die gute Beziehungen zur französischen Regierung haben, die ganze Angelegenheit mit einem derartigen Optimismus erörtern und dabei die Meinung vertreten, die Frage sei nicht so dringlich, weil sie ja ein Hindernis für die Entwicklung einer aufrichtigen Verständigungspolitik nicht gewesen sei. Das ist doch ein bedauerliches Mißverständnis. Und Deutschland hat alle Veranlassung, dieses Mißverständnis aufzuklären.

Offiziell ist das bereits an diesem Neujahrstage geschehen, indem der Reichskanzler von neuem erklärt hat, daß die Anwesenheit fremder Militärs in unserem Lande unvereinbar sei mit dem Geist einer wahren Friedenspolitik. Und das sollte von allen Politikern der Welt eingesehen werden. Man kann nicht friedlich und freundschaftlich zusammenarbeiten, wenn der eine Teil dem andern ständig den Revolver zeigt. Deutschland und Frankreich können nicht zu einem Zustand echter Versöhnung gelangen, wenn wichtige Gebietsteile Deutschlands von französischem Militär besetzt gehalten werden. Eine solche Besetzung ist und bleibt eine Schmach für ein ehrliebendes Volk. Diese Schmach muß erst beseitigt sein, bevor an die Stelle der politischen Verhöhnung die Versöhnung der Geister und der Herzen tritt.

Die deutsche Presse aber wird in diesem Jahre mit ganz anderen Nachdruck, als bisher die Forderung nach vorzeitiger Räumung vorzubringen haben. Im schlimmsten Falle kann man die Frist des Abwartens noch verlängern bis zu den neuen französischen Wahlen. Dann aber wird für Deutschland der Augenblick kommen, in

Mit der Beilage: 8. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

welchem es die kategorische Frage an Frankreich richtet, ob es wirklich eine Politik der Versöhnung will oder nicht, d. h. ob es eine vorzeitige Räumung zugestehen will oder nicht. Die deutsche Reichsregierung wird wohl bestimmt mit einem offiziellen Schritt bis zu den Neuwahlen warten. Die deutsche Presse aber kann heute schon das französische Volk mit aller Entschiedenheit über die wahre Stimmung bei uns belehren. Und diese Stimmung ist so, daß sie ganz im Gegensatz zu den optimistischen Auffassungen einzelner Pariser Blätter die Fortführung der Versöhnungspolitik gefährden müßte, wenn die Besetzung unentwegt beibehalten wird.

Politische Neuigkeiten

Drei demokratische Anträge zum Einheitsstaat

Die demokratische Reichstagsfraktion hat drei Anträge zur Förderung des Einheitsstaates eingebracht. In dem ersten Antrag wird das baldmöglichste Verschwinden der zahlreichen in Deutschland vorhandenen Einschlussgebiete (Enklaven) gefordert. Der zweite Antrag ersucht um Einleitung von Verhandlungen der Reichsregierung mit dem preussischen Staatsministerium über das Aufheben des preussischen Verwaltungsgerichtes in ein Reichsverwaltungsgericht und ferner um die Eröffnung von Verhandlungen mit den Regierungen der anderen deutschen Länder mit dem Ziele, deren Zustimmung zum Übergang der Geschäfte der höchsten Verwaltungsgerichte der Länder auf das Reichsverwaltungsgericht herbeizuführen. Der dritte Antrag verlangt, daß dem Reichstag alsbald die Vorlage einer Reichsverordnung und einer Reichsland-gemeindeordnung unterbreitet wird.

Der Zwischenfall in Szent-Gothard

Der österreichisch-ungarischen Grenzstaaten, der entstand, weil fünf aus Italien kommende Waggons mit Maschinengewehren gegen den Protest der österreichischen Zollbehörden über die Zollgrenze weitergeschoben wurden, scheint weitere Nachspiele zu haben. Von ungarischer Seite wird behauptet, daß nach dem Frachtbrief die Waffensendung für Polen nach Warschau bestimmt war. Der Zwischenfall hat auch bereits einen Meinungs-austausch zwischen den Staaten der Kleinen Entente zur Folge gehabt. In Prag wird erklärt, daß die Sache ersten Charakter trägt, da es zum erstenmal gelungen sei, die Täter in flagranti zu ertappen, obwohl schon einige Male ähnliche Nachrichten durch die Presse gegangen seien. Die Waffen seien für Ungarn bestimmt gewesen.

Die Regierungsabklärung in Danzig

Die Verhandlungen über die Bildung einer neuen Regierung in Danzig sind am Dienstag wieder erwarten gescheitert. Grund hierfür ist die Haltung der Zentrumsfraktion, die die Verantwortlichmachung sämtlicher Senatoren, nicht nur der parlamentarischen, sondern auch der hauptamtlichen Senatoren entschieden ablehnt. Nach der bisherigen Regelung waren die parlamentarischen Senatoren dem Volkstage gegenüber verantwortlich und im Falle eines Rücktritts der Regierung schieben nur die parlamentarischen Senatoren aus. Da die Sozialdemokraten und Liberalen darauf bestanden, daß die Verantwortlichkeit auch auf die hauptamtlichen Senatoren ausgedehnt werde, wurden die Verhandlungen abgebrochen. Heute soll der Versuch gemacht werden, eine Regierung aus Sozialdemokraten, Zentrum und allen liberalen Splitterparteien zu bilden. Nach der bisherigen Stellungnahme der bürgerlichen Parteien muß es fraglich erscheinen, ob diese Bemühungen zum Erfolg führen werden.

Russisch-polnischer Gefangenenaustausch. Auf der polnisch-russischen Grenzstation Kozłowo fand ein Austausch von politischen Gefangenen zwischen der UdSSR und Polen statt. Der Vertreter des Außenkommissars überlieferte dem Vertreter der Republik Polen 29 Gefangene und übernahm seinerseits neun Personen. Dieser Gefangenenaustausch ist als der letzte zu betrachten. In die Liste wurden alle Personen aufgenommen, die bisher aus verschiedenen Gründen nicht ausgetauscht werden konnten. Dieser Umstand erklärt auch den Unterschied in der Zahl der Ausgetauschten.

Eine Folge der Neujahrsempfänge für Coolidge. Präsident Coolidge trug bei einem Presseempfang am Dienstag die rechte Hand in einer Wunde. Es ist dies eine Folge der Neujahrsgratulationsscene, bei der er 1921 Besuchern die Hand drücken mußte.

Besetzung der Mutter des Reichswehrministers. Die am Neujahrstage im Alter von 82 Jahren gestorbene Mutter des Reichswehrministers, Frau Caroline Gehler, wurde in Lindenberg zu Grabe getragen. Hinter dem Sarge schritt in Begleitung des Reichswehrministers Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, Weisll. Rat und Stadtpfarrer Egger, ein Bild des Vaters der Entschlafenen, die im Familiengrab an die Seite ihres Gatten und ihrer beiden Entleerter zur letzten Ruhe gebettet wurde. Reichswehrminister Dr. Gehler fährt am Freitag wieder von Lindenberg (Allgäu) ab.

Der Härteparagraph bei der Angestelltenversicherung. Der § 385 des Angestelltenversicherungsgesetzes sichert beim Tode des Versicherten der Witwe oder dem Witwer oder den hinterlassenen Kindern einen Anspruch auf vier Zehntel der für die Zeit seit dem 1. Januar 1924 entrichteten Beiträge zu. Die 15jährige Geltungsdauer dieses Härteparagraphen lief am 31. Dezember 1927 ab. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten hat nun bei dem Reichsarbeitsministerium beantragt, dem Reichstage eine Vorlage zugehen zu lassen, die die Geltungsdauer dieses Härteparagraphen verlängert.

Verhärzung des polnischen Pressegesetzes. Im polnischen „Reichsgesetzanzeiger“ sind zwei Verordnungen erschienen, wodurch einige Bestimmungen des Pressegesetzes verschärft werden. So wird die Gemeinverantwortlichkeit sämtlicher verantwortlicher Redakteure für den Gesamthalt der Zeitung festgelegt. Weiter wird bei Beleidigungen von Behörden, Beamten und Militärs das Beschlagnahmerecht etwas erweitert. Außerdem erhöht die neue Verordnung die Geldstrafen für einige Übertretungen von 1000 auf 2000 Floty. Die Verordnungen treten heute in Kraft.

Noch keine Lösung des litauisch-polnischen Konflikts. Der Warschauer Korrespondent der „Morning Post“ weist darauf hin, daß der Kompromiß zwischen Polen und Litauen wenig Aussicht habe, zu einer Lösung zu führen. Die Erklärungen Wolbemas an die Presse lauten wenig versöhnlich. Er betont, die territoriale Seite der Verhandlungen und macht sein Gehl daraus, daß der territoriale Konflikt bis zu seiner Lösung Jahre dauern könne. In Polen lehne man jede Diskussion ab, solange die gegenwärtige Demarkationslinie nicht als Grenze anerkannt werde.

Todesstrafe für Unterschlagungen in Moskau. Der Oberste Gerichtshof in Moskau verurteilte den kaufmännischen Direktor der Getreideabteilung der Staatsbank, Poljakoff, und seinen Gehilfen Tselinin wegen Erteilung geheimer kommerzieller Auskünfte an Private und wegen betrügerischen Verkaufs von Getreide zum Tode und zur Konfiskation des Vermögens. Zwei Kaufleute wurden ebenfalls zum Tode verurteilt. Das Gericht beschloß, für Poljakoff und Tselinin die Nichtanwendung der Amnestie nachzuforschen. Für die beiden Kaufleute wurde die Todesstrafe in zehnjährige Gefängnisstrafe umgewandelt.

Die englischen Gewerkschaften und der industrielle Frieden. Der Unterausschuß des Kongresses der Gewerkschaften wird nächste Woche in London zusammentreten, um die Fragen zu erörtern, die in den Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer... zur Herbeiführung des Friedens in der Industrie zur Sprache kommen werden. Die erste gemeinsame Sitzung der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer wird wahrscheinlich Ende Januar stattfinden. Die Reorganisation der Industrie und die Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern betreffende Fragenkomplex zur Diskussion gelangt.

Kurze Nachrichten

Der Reichszentralrat an den Reichsarbeitsminister. Der Reichszentralrat hat an Dr. Brauns ein Glückwunschtelegramm geschickt, in dem er die bedeutungsvolle Tätigkeit des Arbeitsministers würdigt.

Der Titel Erzellenz. Wie von Berlin mitgeteilt wird, ist der Titel Erzellenz für Generale schon im Jahre 1920 für die Reichswehr abgeschafft worden. Seitdem werden in der Reichswehr die Offiziere mit dem Dienstgrad angeredet. Diese Verfügung ist jetzt nur durch General Heise in Erinnerung gebracht worden.

General Kref von Krefenstein, der Oberbefehlshaber der Gruppe II in Basel, vorher Landeskommandant von Bayern, wurde zum General der Artillerie befördert.

Schadenersatzforderung bei der heftigen Regierung. Die Volksrechtspartei hat, wie aus Darmstadt gemeldet wird, bei der heftigen Regierung Schadenersatzforderung gestellt, weil ihr durch die Wahlrechtsbeschränkungen besondere Kosten entstanden sind, die der heftige Staat nach den Grundgesetzen des bürgerlichen Rechts zurückzuerstatten habe.

Die Verhandlungen über das Saarwirtschaftsabkommen. Die deutsche Delegation, die mit der Forderung der Verhandlungen zreds Verlängerung und Abänderung der Saarwirtschaftsabkommen betraut ist, ist wieder nach Paris zurückgekehrt. Die Verhandlungen mit der französischen Regierung werden baldigt wieder aufgenommen werden.

Verhaftung der Frau de Unamunos. Nach einer vom „Journal“ wiedergegebenen Meldung hat die spanische Polizei die Frau des in Frankreich im Exil lebenden spanischen Schriftstellers de Unamuno in dem Augenblick verhaftet, als sie nach Spanien von einem Besuch bei ihrem Gatten zurückkehrte.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Wieberaufnahme der Landtagsarbeit

Mit Beginn der nächsten Woche werden die Ausschüsse des Landtages ihre Tätigkeit wieder aufnehmen. So tritt am Dienstag, den 10. Januar, der Ausschuss für Rechtspflege und Verwaltung zu einer Sitzung zusammen. Am gleichen Tage findet ferner eine Fraktions-sitzung des Zentrums statt, während am 13. Januar die Fraktion der Deutschen Volkspartei eine Sitzung abhalten wird. Im Hinblick auf das vorliegende reichhaltige Arbeitsprogramm rechnet man mit einer Tagung des Landtages bis kurz vor Ostern.

Zur Eröffnung der Lehrerbildungsanstalten in Freiburg und Heidelberg

Seit das Unterrichtsministerium durch Bekanntmachung vom 14. November 1927 zur Meldung von Bewerbern für die Aufnahme in die Lehrerbildungsanstalt Karlsruhe und für die Lehrerbildungsanstalten Freiburg und Heidelberg, deren Eröffnung auf Ostern 1928 beabsichtigt ist, aufgefordert hat, ist wiederholt in der Presse und bei anderer Gelegenheit die Frage aufgeworfen worden, ob es denn im Hinblick auf die große Zahl der Junglehrer, die noch auf ihre Verwendung warten, gerechtfertigt sei, in drei Lehrerbildungsanstalten Lehrer auszubilden. Man befürchtet offenbar, daß durch die drei Anstalten so viele Lehrer ausgebildet werden würden, daß auch künftig eine große Zahl von Junglehrern lange vergeblich auf Verwendung warten müßten.

Es ist richtig, daß die jetzt vorhandenen Junglehrer, die noch aus den alten Lehrerbildungsanstalten hervorgegangen sind, genügen, um den Bedarf der nächsten Jahre zu decken. Dennoch ist nicht ohne weiteres zutreffend, daß man sich vorerst mit einer Lehrerbildungsanstalt begnügen könne. Zur Zeit sind 576 unbewerbte Junglehrer vorhanden. Bis Ostern 1928 kann mit einem Bedarf von 35 gerechnet werden, so daß dann noch 541 vorhanden sein werden. An Ostern 1928 können die 50 männlichen und weiblichen Studierenden des gegenwärtigen zweiten Jahrgangs der Lehrerbildungsanstalt Karlsruhe die Befähigung als Lehrer erhalten. Man wird nun aber davon ausgehen dürfen, daß diese und die künftig aus den Lehrerbildungsanstalten hervorgehenden Schülantspraktikanten nicht sofort selbständige Verwendung finden sollten, daß vielmehr anzustreben sei, zwischen Prüfung und Verwendung regelmäßig ein Jahr praktischer Ausbildung einzufügen. Dann kämen die 50 Junglehrer, die an Ostern 1928 ihre Prüfung gemacht haben, erst von Ostern 1929 an für nichtplanmäßige Anstellung in Betracht, und ebenso wären die späteren Jahrgänge jeweils erst nach Ablauf eines Jahres nach ihrer Prüfung als verwendungsbereit zu rechnen. Nach den bisherigen Erfahrungen und unter Berücksichtigung des Umstandes, daß im Jahr 1929 erstmals und dann weiterhin wieder mit Abgang von Lehrern, die 65 Jahre alt sind, zu rechnen ist, wird in dem Schuljahre 1928/29 mit der Verwendung von 190 Lehrern, im Schuljahre 29/30 von 210 und in den folgenden jeweils von 230 Lehrern gerechnet. Es werden dann von den jetzt vorhandenen Junglehrern 141 erst im Schuljahre 1930/31 nichtplanmäßig angestellt werden. Der Jahrgang von 50 Lehrern, der Ostern 1928 die Lehrerbildungsanstalt Karlsruhe verläßt, wird gleichfalls erst im Schuljahre 1930/31 zur Verwendung gelangen. Auch von dem Jahrgang, der jetzt in der Lehrerbildungsanstalt Karlsruhe sich im ersten Jahrestyus befindet, 119 männliche und weibliche Studierende zählt, sind Ostern 1929 die Prüfung ablegen kann, werden im Schuljahre 1930/31 89 angestellt werden, während 80 erst im Schuljahre 1931/32 zur Verwendung kommen können, also mehr als zwei Jahre nach der Prüfung warten müssen.

Berliner Theaterbrief

Von Hanns Martin Ekster

Seht ist Berlin so weit: wenn man noch von künstlerischem Leben im positiven oder negativen Sinne sprechen will, muß man zu den Gemeinschaftstheater gehen, also den Staatstheater am Gendarmenmarkt und dem Schillertheater, dem Volksbühnentheater und dem neuen „großdeutschen Theatergemeinschaft“ im Wallner-Theater. Die privaten Theater sind völlig in den Geschäftsabgründungen abgerutscht, nach dem Worte jenes Direktors, ein Theaterleiter müsse zugleich Finanzmann und Künstler sein, haben sie sich entschieden, das „und Künstler“ bei ihrer Führung zu streichen; das finanzielle ist das allein Entscheidende. Und das heißt nichts anderes, als stupplos den ideoellen Salonwünschen und Amüsiertrieben Folge leisten.

Vielleicht wäre die Scheidung der Geister zwischen Gemeinschafts- und Geschäftstheater noch nicht das Beste, da der wahre Kunstfreund ja sein Genügen bei vier den Idealen dienenden Bühnen finden könnte. Wenn nicht eine Gefahr drohte, die jetzt akut zu werden beginnt. Nämlich der Übergang von Führungsmagazinen der Geschäftstheater auf die Gemeinschaftstheater mit dem Hauptgeset: das Geld entscheidet. In der einst aus idealen Motiven — „die Kunst dem Volke“ — gegründeten Volksbühne am Bülowplatz ist jetzt die schon lange unterirdisch schwebende Direktionsstrife ausgebrochen: Direktor Fris Doll hat mit Ende der Spielzeit seinen Abschied eingereicht, also zum 31. Aug. 1928, d. h. er hat gewünscht, daß man seinen Vertrag nicht verlängern würde; zugleich schwebt der Plan, nun seinen künstlerischen Leiter neben den geschäftlichen mehr zu stellen, sondern den Geschäftsdirektor (sprich Finanzmann), der hier noch dazu in der Person Heinrich Neffs ganz unkünstlerisch eingestellt ist zum Alleinherren zu machen, den künstlerischen Teil aber nur durch Gastregisseure erledigen zu lassen. Da ein Teil des künstlerischen Ausschusses gegen die Pläne opponierte, hat man ihn angeblich durch Los (das Los war aber merkwürdigerweise einseitig), kurzerhand ausgetauscht, so daß Arthur Hofsicher, Rudolf Kayser, Hans von Zwehl, Paul Stein und mit ihnen freiwillig ausgetretene Alfred Wolfenstein, also auffallenderweise gerade die künstlerische Jugend, nicht mehr Einfluß ausüben können. Am den Rücktritt Fris Dolls wäre es an sich nicht schade, denn selbst

seine Anhänger müssen zugeben, daß seine künstlerische Arbeit des begeisterten Feuers, der großen Anschauung, der genialen Idee völlig ermangelte. Hoff ist vielmehr mitschuldig daran, wenn Riscator bei der Volksbühne aufsteigt, wenn die Volksbühne in Repertoire und Spiel zurückging, wenn jetzt die Gefahr besteht, auch des Gemeinschaftstheater ausschließlich den Finanzwünschen zu unterwerfen. Was aber unerträglich ist, liegt darin, daß kein neuer künstlerischer Direktor gemählt werden soll. Hiergegen muß kämpfen, wer immer noch für die Kunst eingestellt ist. Wenn die Gemeinschaftstheater erst einmal den Finanzleuten anheimfallen, dann ist für Berlin die Möglichkeit jedes Kunsttheaters überhaupt zerstört. Darum erfordert die Direktionsstrife in der Volksbühne die stärkste Aufmerksamkeit und kritisch-aktive Teilnahme.

Vielleicht führt sie dazu, die im rechten politischen Lager stehende „großdeutsche Theatergemeinschaft“ zu stärken. Wenn diese klug genug ist, ihr Schwergewicht auf die künstlerisch-geistige Seite zu legen. Der Anfang mit Kranewitzers „Andreas Hofer“ war schwach. Die Fortsetzung mit Hermann Burtes, des Schillerpreissträgers, „Katte“ war schon besser. Daß die große Theatergemeinschaft keine „Novitäten“ bringt, ist nur zu loben; nicht der Termin des Erscheinens ist das Entscheidende, sondern die Qualität. Burtes „Katte“ ist bereits 13 Jahre alt, also vor dem Kriege entstanden. Es ist Burtes Erkenntnis zur Idee und zum Gesänge des Staates. Der Staat wird durch den König personifiziert. Katte stirbt gern für diesen Staat. Das preussische Ethos ward hier gestaltet — wohlgerichtet Stofflich nach dem 18. Jahrhundert, ideell noch nicht völlig Gegenwart. Burte ist ein bejahender Geist, kein kritischer: die Idee der Menschlichkeit lebt für ihn noch nicht gegenüber der Idee des Staates. Sein Drama selbst ist nach Kleistscher Art als Gestaltung, dichterisch runde Gestaltung gefasst, in der Sprache, die die Tradition bejaht; das Gefühl wird hier plastisch. Es war schade, daß Konrad Weipels Regie mit mittleren Schauspielern nicht die innere Größe des Stückes anschaun werden ließ: sie lieferte eine gute Klassikeraufführung. Burte ist aber noch kein Klassiker, sondern Leben unter uns. Hoffen wir, daß die großdeutsche Theatergemeinschaft auch Burtes andere Stücke in Berlin vermittelt und sich endlich künstlerische Mitarbeiter sichert, die ihren guten Willen zur echten Tat und Wirkung zu bringen vermögen.

Das künstlerisch beste Theater schenkt uns allein zur Zeit Leopold Jessner. Diesmal im Schillertheater eine nachträgliche Ehrung Kleists durch Inszenierung des „Robert Guiskard“, der Büchners „Woyzeck“ angegliedert wurde. Jürgen Fehling ließ Kleistsche Atmosphäre emporglühen; die Größe des Gegenstandes erhob sich, das Fleißliche gegen das Seelische, die Pest und das Genie des Willens — aber das Fragment stürzte den Gegenstand in sich zusammen. Trotzdem erschütternde Wirkung, weil Fehling als Regisseur den Nachdruck auf die Sprache legte: Walter Frank, die Sufin, Kraußner, Kleistscher Ton lang auf. Und ebenso sorgfältig Fehling beim wortwörtlichen Bühnen vor: er gestaltete das schweigende Triebleben der Leidenschaften und Leidenden zu so bewegendem Dual, daß spießige Zuschauer glaubten, die Menschenqual parteipolitisch nehmen und mit taftlosem Lärm den Zuschauertraum verlassen zu müssen, statt zuzulernen, zuzuerleben, wo sie selbst eines Leidens nicht fähig sind. Auf jeden Fall brachte Fehling mit Hilfe von Walter Frank und Lucie Mannheim das Menschliche zur vollen Erscheinung.

Man wünschte, daß Fehling at die drei Einakter „Schloß Wetterstein“ von Wedekind anpate: er hätte wohl das geistig-märchenhafte, verzaubert-mephistophelische des Wertes herausgeholt. Barnowsky in seinem gepflegten Theater in der Königgräberstraße ist zu sehr Realist, um das Fluidum des Geistigen zu erzeugen und gerade dies brauchen wir hier, wo Wedekind unruhig-unklar jenen heute allgemeingültigen Satz „Du sollst nicht im Dunkeln lieben, sondern im Licht“ beweist, denn nicht keine Erregtheit sondern nur große Leidenschaft darf herrschen. Agnes Straub, Kortner und Kamela Wedekind, des Dichters Tochter, gaben im letzten Akt doch aus eigenem die Gut, die diese Masse besitzt. Sie bezugten uns und so würde Barnowskys ehrliches Bemühen doch noch — großes Theater.

Inmitten all des kleinen Theaters, das Berlin allverort liebt. Auch in Reinhardts Kammertheater. Man hatte zwar von Ossip Dymows „Bronz-Epopee“ in der Uraufführung besonderes erwartet, aber aller Kampf half nichts, die Enttäuschung blieb. In Form einer Traumdeutung träumt ein armer Knopfmacher in New Yorks Untergrundbahn den Traum vom amerikanischen Millionärreichtum. Zum Traum veranlaßt wird er durch einen alten jüdischen Bekannten, Janek Kleimies, damit die Judenfrage auch noch ins Stück wirken kann. So entwickelt sich aus den Traumstationen

Anders gestalten sich die Aussichten für die Studierenden der Lehrerbildungsanstalten, die im Jahre 1930 ihre Prüfung machen, das sind die, welche an Ostern 1928 an der Lehrerbildungsanstalt Karlsruhe oder als erste Jahrgänge der Anstalten in Freiburg und Heidelberg ihre Ausbildung beginnen. Von dem Bedarf des Schuljahres 1931/32 mit 290 Lehrern bleibt nach Einstellung der oben erwähnten 80 Schulanwartspraktikanten vom Prüfungsjahrgang 29 noch die Zahl 150 ungedeckt. Es können also Studierende in gleicher Zahl, die im Jahre 1928 ihre Ausbildung begonnen und 1930 die Prüfung bestanden haben, im Schuljahr 1931/32 angestellt werden. Nach den Anmeldungen für die Lehrerbildungsanstalten Freiburg, Heidelberg und Karlsruhe für Ostern 1929 ist mit der Aufnahme von 176 Maturanten zu rechnen. An Ostern 1927 wurden 25 Schüler und Schülerinnen mit Primarstufe in einen Vorkurs aufgenommen. Der Jahrgang, der Ostern 1930 zur Prüfung gelangt, wird also etwa 200 Studierende zählen. Fünftausend von diesen würden voraussichtlich im Schuljahr 1931/32 noch nicht verwendet werden können. Nimmt man an, daß auch die späteren Jahrgänge etwa gleich stark (200 Studierende) sind, und daß der Bedarf mit 290 gleich bleibt, so werden vom Prüfungsjahrgang 31 etwa 20 erst im Schuljahr 1933/34 zu verwenden sein. Dagegen würde der Prüfungsjahrgang 32 im Schuljahr 1933/34 völlig eingestellt werden.

Aus dem Vorstehenden kann leicht entnommen werden, daß ein jährlicher Zugang zum Lehrerberuf von nur 100-125 Studierenden, wie im Jahr 1927, schon in absehbarer Zeit den Bedarf an Lehrkräften in der Volksschule nicht mehr decken kann. Die Lehrerbildungsanstalt Karlsruhe allein kann an Ostern 1928 nicht wiederum einen Jahrgang von über 100 Studierenden aufnehmen, weil sie dann weit über 200 Studierende zählen würde, und für eine so große Zahl weder die Unterrichtsräume noch das Internat ausreichen. Schon ein Zugang in dieser Höhe würde also dazu zwingen, mehr Anstalten als bisher zu betreiben, damit der Raum ausreicht, ganz abgesehen davon, daß die Studierenden an einer Anstalt nicht zu zahlreich sein dürfen, soll der Leistung noch möglich bleiben, ihre Aufgabe zu erfüllen. Die angegebenen Zahlen können naturgemäß nicht unbedingt genau sein. Annähernd das Richtige wird aber wohl getroffen sein, vorausgesetzt, daß an den wesentlichen Grundlagen der Berechnung nichts geändert wird. Dazu gehört unter anderem, daß die Altersgrenze das 68. Jahr bleibt, und daß die Schülerzahl, die auf einen Lehrer kommen soll, auch künftig nicht höher als die in den letzten Jahren regelmäßig angewandte Zahl 55 bestimmt wird. Änderungen dieser Art, insbesondere hinsichtlich der auf einen Lehrer zu rechnenden Schülerzahl, dürfen aber wohl als ausgeschlossen angesehen werden.

Genossenschaftliche Buchführungskurse

Kürzlich hielt der Verband badischer Landwirtschaftlicher Genossenschaften (Körperschaft) Karlsruhe für Rechnung, Vorstand und Aufsichtsratsmitglieder seiner ihm angeschlossenen Spar- und Darlehnskassen (Kreditgenossenschaften) zweitägige Buchführungskurse in Wertheim, Mosbach, Heidelberg. Die Kurse waren sehr stark besucht. Oberrevisor Hofmann, Karlsruhe, Revisor Ketter, Mosbach und Revisor Kutterer, Karlsruhe, führten die Teilnehmer in die genossenschaftliche Buchführung ein und machten sie in allen Teilen mit dieser bekannt. Eingehend wurden auch genossenschaftliche Tagesfragen, Verkehr mit dem Amtsgericht, Geschäftsverkehr mit Genossenschaftsverband und Bad. Landwirtschaftsbank besprochen.

Überall wurde der Wunsch laut, recht bald wieder derartige belehrende Buchführungskurse, die im Interesse des Genossenschaftswesens und der ländlichen Bevölkerung liegen, abzuhalten.

Verleihung der Rettungsmedaille

Das Staatsministerium hat dem Blechnergesellen Karl Lauppe in Karlsruhe, der unter eigener Lebensgefahr einen von einer hohen Leiter abtänzenden Lehrling aufgefangen und dadurch gerettet hatte, die badische Rettungsmedaille verliehen.

Die Behandlung des Problems der Amerikanisierung der Juden — ohne daß diese Amerikanisierung zum Glücke ausschlägt. Der Träumer freut sich, erwachend, wieder der Wirklichkeit, wir als Zuschauer und lehrhaft Belehrt, wieder der freien Erde, wenn wir dies gedehnte, von Hilpert als Regisseur mehr technisch, als innerlich erfahrene Stück verlassen. Banale Alltagsromantik macht sich hier breit. Darum hatte das Stück in Amerika wohl großen Erfolg. Aber die Wirklichkeit... hinaushebende Phantastik fehlt.

Das ist es auch, was das nach Colettes schlechtem Roman gearbeitete gleichnamige Stück „Chéri“ im Theater am Kurfürstendamm so langweilig macht: es liegt die Trivialität eines fast kleinbürgerlichen Demimondentums in der Liebe eines jungen Mannes zu einer alternden Halbweiblerin. Ina Wüsts frisches Temperament und Rosa Valentis Verlierer Humor rissen allein über das Gähnen dieser Geistes- und Seelenleere hinweg. Theodor Taggers Weg ein ins Menaisianertheater, jetzt im Theater am Kurfürstendamm — ist der Weg vom Künstlerdilettant zum Finanzmann; hier ist er heute schon angelangt. Seine Arbeit stellt sich völlig neben die Arbeit des kleinen Theaters, das uns jetzt einen albernem Schwanz „Die blaue Stunde“ von Felix Fuchs vorsetzt, oder des Berliner Theaters, wo man den Box-Kampfs auf die Bühne bringt; nach Amerikanerchema haben Hans Brausewetter und Max Halbert im „Knod-out“ der Amerikaner Taber und Oleson einen Boxkampf im Salon zu mimen: muß man darüber Worte machen? Das ist nicht mehr Theater, sondern Variété mit Zeitungsdramatik, nein — damit würde man die Zeitungen kränken — vielmehr in einer Sprache, die man besser einfach berlinisch „Quatsch mit Soße“ nennt und nicht mal böllig aus Amerika, sondern zur Hälfte aus Berlin. Welche Elemente sind hier am Wert...

Berein für Originalradierung E. S. Karlsruhe. Auf mehrfache Anregung junger, graphisch tätiger Künstler, wurde in der Mitgliederversammlung vom 9. Dezember 1927 eine Neubelebung des Vereins für Originalradierung beschlossen. Es gelang, das langjährige, verdienstvolle Vorstandsmitglied, Professor W. Gons, auf einstimmigen Wunsch der Versammlung zur Übernahme des Ehrenvorsitzes zu bewegen. In den Vorstand wurden gewählt: als 1. Vorsitzender Maler E. Martin, als Stellvertreter Maler F. Schweizer, ferner die Professoren C. Württemberg, Bankdirektor Dr. Bey, L. Franck, Geschäftsführer des Bad. Kunstvereins, Kunstausstatters W. Kieger und die Maler Suppert, Kutterer und Nebel. Die geplante Tätigkeit des Vereins erstreckt wieder engere Fühlungnahme mit den Freunden graphischer Künste zu nehmen; vorgelesen sind Herausgabe von Mappen und örtliche und Wanderanstellungen, die auf Grund sorgfältigster Auswahl ein eindruckliches Bild graphischen Schaffens geben sollen.

Die evangelische Landeskirche in Baden

Die evangelische Landeskirche in Baden ist die evangelische Landeskirche die zahlenmäßig stärkste Religionsgemeinschaft in Baden. Von den 2,3 Millionen Einwohnern unseres Landes bekannten sich nach dem Ergebnis der 1925er Volkszählung mehr als ein Drittel, d. h. 895 609 Personen oder 38,7 v. H. der Bevölkerung Badens zur evangelischen Landeskirche. Mit diesem Anteil der evangelischen Bevölkerung an der Einwohnerzahl des Landes weicht Baden von den meisten deutschen Ländern erheblich ab. Unter den größten Einzelstaaten des Reiches ist nur noch Bayern überwiegend katholisch, während in Preußen, Sachsen, Württemberg und vor allem im Reichsdurchschnitt die Katholiken kaum ein Drittel der Gesamtbevölkerung erreichen.

Die Anhänger der evangelischen Landeskirche in Baden wohnen größtenteils in der Rheinenebene. Die Südwiesche des Landes (Bezirk Lörrach, Müllheim, teilweise Schopfheim) ist nahezu ausschließlich evangelisches Gebiet. Das Hanauerland (Bezirk Neul) und das Ried (Bezirk Lahr und Emmendingen) haben starken evangelischen Einschlag. Zwischen Mannheim und Karlsruhe bis zur hessischen Grenze und östlich bis über den Neckar wohnen ebenfalls vorwiegend Evangelische; nur die Bezirke Bruchsal und Wiesloch haben vorzugsweise katholische Bevölkerung. An der Ostseite des Schwarzwaldes sind eine Anzahl Gemeinden der Bezirke Wilingen und Wolfach, die ehemals württembergisches Gebiet waren, ebenfalls überwiegend evangelisch. In der Rheinenebene wohnen gegen drei Viertel der Evangelischen des Landes, während sich der Rest über das ganze Land verteilt. In 1452 Gemeinden, d. h. 93,4 v. H. aller Gemeinden des Landes, wurden bei der Volkszählung 1925 Anhänger der evangelischen Landeskirche ermittelt; unter diesen Gemeinden hatten 449 mehr evangelische als andersgläubige und 8 ausschließlich evangelische Einwohner. Die größte Zahl Evangelischer lebt in der Stadt Mannheim (124 907); an zweiter Stelle steht Karlsruhe (70 093), dann folgen die Städte Forstheim (59 370), Heidelberg (49 488) usw. Im ganzen wohnen in 12 Städten des Landes je 5000 und mehr Evangelische.

In den vergangenen 100 Jahren hat sich die evangelische Bevölkerung des Landes stark vermehrt und sich in Gegenden niedergelassen, die nahezu ausschließlich von Katholiken bewohnt waren. Im Jahre 1825, vier Jahre nach der Gründung der evangelischen Landeskirche, waren von 1 133 704 Einwohnern des Landes 353 744, d. h. 31,2 v. H., evangelisch. Es lebte damals, wie heute, der größte Teil der Evangelischen in der Rheinenebene, daneben gab es aber noch Landestelle (See- und Donaugegend, Schwarzwald, Oberrhein und Bauland), in denen nur ganz vereinzelt Anhänger der evangelischen Landeskirche anzutreffen waren. Erst in der Hälfte der Gemeinden des Landes (785) wohnen vor 100 Jahren Evangelische; von diesen 785 Gemeinden liegt aber nur ein Fünftel im Schwarzwald und in der See- und Donaugegend, weitläufig die Mehrzahl in der Rheinenebene und dem zwischen Schwarz- und Oberrhein sich hinziehenden Hügelland. 16 Gemeinden hatten ausschließlich evangelische Bevölkerung; in ungefähr 400 Gemeinden waren außerdem mehr als die Hälfte der Einwohner evangelisch. Die Evangelischen hatten also vor 100 Jahren in rund einem Drittel aller Gemeinden des Landes die absolute Mehrheit. Die Höchstzahl von Evangelischen entfiel auf die Stadt Karlsruhe (14 622), die Stadt Mannheim beherbergte erst 11 993 Evangelische; in Freiburg betrug die Zahl der Evangelischen 1461, Sigen a. S. hatte im Jahre 1825 noch keine evangelischen Einwohner. Zusammenfassend hat sich die evangelische Bevölkerung des Landes im Zeitraum 1825-1925 mehr als verdoppelt; der prozentuale Anteil der Evangelischen ist von 31,2 v. H. im Jahre 1825 auf 38,7 v. H. im Jahre 1925 gestiegen. Vor 100 Jahren wohnten erst in 785 Gemeinden des Landes Evangelische, heute in 1452. In den südbadischen Bezirken Wehrkreis, Stodach, Pfalldorf, Überlingen und Engen leben heute insgesamt rund 6000 Evangelische gegenüber nur 99 im Jahre 1825.

Im allgemeinen zeigt also auch die Entwicklung des evangelischen Volkstums die starke Vermischung der Religionsgesellschaften in Baden in den letzten 100 Jahren, die wohl in erster Linie eine Folge der Fortschritte des Wirtschaftslebens gewesen ist.

Verband Südwestdeutscher Industrieller

Durch die Gründung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie ist bekanntlich eine einheitliche Organisation der gesamten deutschen Industrie herbeigeführt worden, in dem der Reichsverband gebildet wird von den zu Fachgruppen zusammengefassten industriellen Fachverbänden und den landwirtschaftlichen Industrieverbänden. Landwirtschaftliche Industrieverbände sind z. B. der Verband Österrischer Industrieller, der Verband der mitteldeutschen Industrie, der Verband der westdeutschen Industrie, der Verband Sächsischer Industrieller, der Bayerische Industriellenverband, der Verband Württembergischer Industrieller, der Verband Mitteldeutscher Industrieller, der Verband der Rheinischen Industrieller, der Verband Südwestdeutscher Industrieller, der Verband der Badischen Industrieller, die Sektionen Rheingebiet, Rheinbesen usw.) als der für Baden zuständige landwirtschaftliche Industrieverband, der alle anderen landwirtschaftlichen Industrieverbände, wie erwähnt, dem Reichsverband der Deutschen Industrie angeschlossen und im Vorstand und Hauptausschuß des Reichsverbandes, sowie in verschiedenen Ausschüssen des Reichsverbandes, z. B. dem Handelspolitischen Ausschuss, dem Verkehrs-Ausschuß, dem Steuer-Ausschuß des Reichsverbandes offiziell vertreten.

Der Verband Südwestdeutscher Industrieller, der gegenwärtig insgesamt über 1400 Mitglieder zählt, gliedert sich in 14 badische Bezirksvereine, in Fachauschüsse und Zentralfachauschüsse, er besitzt eine eigene Exportstelle, eine eigene Abteilung Wasserwirtschaft, ein besonderes Dezernat Handelsvertragswesen, Post- und Eisenwesen, Eisenbahnwesen usw., sowie eine eigene Steuerstelle. Diese wird im neuen Jahre erneut einen weiteren Ausbau erfahren. Ihr ist zur möglichst intensiven Wahrnehmung der berechtigten steuerlichen Interessen der badischen Industrie auch ein besonderer Steuer-Ausschuß angegliedert worden, der gebildet wird von Delegierten des Präsidiums und Direktoriums des Verbandes, von Vertretern sämtlicher Bezirksvereine und Fachauschüsse des Verbandes, sowie von Vertretern der dem Verband angehörenden oder mit ihm in Verbindung stehenden industriellen Fachvereine und Verbände. Es ist ferner beabsichtigt, nach Möglichkeit auch mit den anderen badischen Wirtschaftsgruppen enge Fühlung zu nehmen.

Zagungen

Der Verband badischer Geflügelzüchter hält am 10. und 11. März seinen 4. Verbandstag in Forstheim ab. Zu dieser Zagung werden aus 22 badischen Gauen etwa 400 Teilnehmer erwartet.

Friede zwischen Sparkassen und Banken

Zwischen den öffentlichen und gemeinnützigen Sparkassen und dem privatwirtschaftlichen Bank- und Bankiergewerbe hatte seit längerer Zeit eine Art von Kriegszustand geherrscht. Die Sparkassen waren, namentlich in der Inflationszeit und in den ersten darauf folgenden Jahren, teils der Not gehorchend, teils aus übertriebenem Ausdehnungsdrang, in das Arbeitsgebiet der Kreditbanken eingedrungen. Die Banken, die sich hierdurch bedroht fühlten, haben kürzlich als eine Art von Abwehrmaßnahmen Sparkassen geschaffen, um einen Teil der Sparte zu sich herüberzuführen. Nachdem der Konkurrenzkampf eine Zeitlang hin- und hergegangen war, wurde angeregt, wieder eine Teilung der Arbeitsgebiete zwischen Banken und Sparkassen zu schaffen. Das hat sich aber als undurchführbar erwiesen, weil sowohl Sparkassen wie Banken nicht darauf verzichten zu können glauben, grundsätzlich alle Gebiete des Kreditgeschäfts zu bearbeiten. Trotzdem ist erfreulicherweise noch kurz vor dem Weihnachtsest ein Friedensschluß zwischen Banken und Sparkassen gelungen. Der Präsident des Sparkassenverbandes, Dr. Kleiner hat öffentlich erklärt, daß die gemeinnützigen Sparkassen künftig mit den Banken loyal zusammenarbeiten wollen. Andererseits war auch der diesjährige Geschäftsbereich des Zentralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes in verständlichem Tone gehalten und zeigte bei der Besprechung des Verhältnisses zu den Sparkassen das Bestreben, die vorhandenen Gegensätze möglichst abzumildern und die öffentlichen Auseinandersetzungen zu beenden.

Es ist an sich begreiflich, daß die Banken das Übergreifen der öffentlichen Sparkassen, insbesondere auf das Gebiet der kurzfristigen Kontokorrentkredite mit Scheelen Augen ansehen. Der auf diesem Gebiete entstandene Wettbewerb ist für die Banken dadurch wesentlich erschwert, daß ihr eigenes Geschäft mit sehr hohen Steuern belastet ist, während die öffentlichen Sparkassen sich der Steuerfreiheit erfreuen. Es mag auch namentlich in der Übergangszeit zur Währungsstabilisierung, vorgekommen sein, daß die Sparkassen ihre an sich sehr notwendige und anerkanntenswerte Sparverwertung hier und da nicht in der richtigen Form betrieben haben, und daß sie ferner allzuweit in das Kreditgeschäft der Banken eingedrungen sind. Im allgemeinen wird die Industrie ihre Kreditgeschäfte ausschließlich mit den privaten Banken zu tätigen haben, und nur die Kreditgewährung an den Mittelstand kann ein geeignetes Betätigungsfeld für die kommunalen Sparkassen bilden, die ja ihre Spareinlagen in einer für die Allgemeinheit möglichst förderlichen Weise anlegen sollen. Die Grenzen zwischen dem Großkredit und dem Mittelstandskredit sind natürlich nicht immer ganz leicht zu bestimmen, und daher ist es begreiflich, daß sich Reibungen und Übergänge ergeben. Eine scharfe Abgrenzung der Arbeitsgebiete von Banken und Sparkassen wird auch in Zukunft kaum möglich sein. Der jetzt zustandgekommene Friedensschluß bringt deshalb auch keine sachliche Vereinigung der zwischen den beiden großen Kreditorganisationen bestehenden Wettbewerbschwierigkeiten, sondern lediglich eine Vereinbarung beider Spitzenverbände, friedlich nebeneinander zu arbeiten und sich gegenseitig nicht mehr in der Öffentlichkeit zu bekämpfen. Wenn trotzdem in Zukunft Meinungsverschiedenheiten und Konkurrenzübergänge sich zeigen sollten, so wird man vielleicht durch Erziehung von Schiedsgerichten Abhilfe schaffen, wie sie in dem gegenseitigen Verhältnis von Sparkassen und Kreditgenossenschaften sich bereits gut bewährt haben.

Gemeinde-Rundschau

Die Mannheimer Oberbürgermeisterwahl. Die Mitteilung, daß Ministerialrat Seeger seine Kandidatur für den Mannheimer Bürgermeisterposten zurückgezogen habe, bestätigt sich. Die „Neue Mannheimer Zeitung“ meint, der Rücktritt Seegers sei in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die Plattform, die durch die einstimmige Abmachung zwischen Sozialdemokraten und Zentrum geschaffen wurde, für Herrn Seeger zu schmal war. Das „Neue Mannheimer Volksblatt“ stellt den Rücktritt des Ministerialrats Seeger mit Bedauern fest, er sei dem Zentrum zu überraschend gekommen. Auf die Gründe, die Herrn Seeger zum Rücktritt bewegen haben, werde evtl. noch zurückzukommen sein. Bis her habe das Zentrum noch keinen neuen Kandidaten offiziell benannt. Die „Volksstimme“ meint, daß der Wahltermin, der auf Mitte Januar festgesetzt werden sollte, durch die Zurückziehung Seegers eine bedauerliche Verzögerung erfährt.

Weitere Steigerung der Erwerbslosenziffer von Mannheim. Nach einer Mitteilung des Städtischen Nachrichtenamtes hat sich die Zahl der Arbeitslosen im Amtsbezirk Mannheim vom 21. Dezember bis 28. Dezember 1927 um nicht weniger als 957 Personen erhöht; sie betrug am letztgenannten Tage 12 770, darunter 9894 im Stadtbezirk.

Der Bürgerausschuß Neckarbischofsheim bewilligte 2000 RM für einen evtl. zu erwartenden Betriebsunfall bei der Nebenbahn im laufenden Jahre. Ferner wurde der außerordentliche Holztrieb genehmigt und der Voranschlag für 1927/28. Der durch Umlage zu deckende Aufwand beträgt 45 000 RM. Es werden erhoben 1,20 RM vom Grundvermögen, 44 Pf. vom Betriebsvermögen und 9 RM vom Gewerbeertrag.

Berufung in den Deutschen Städtetag. Nach einem Schreiben des Präsidenten des Deutschen Städtetages ist Oberbürgermeister Dr. Bender in Freiburg i. Br. in den neugebildeten Verkehrs-Ausschuß und Bürgermeister Bögl in den neugebildeten Wirtschaftsausschuß des Deutschen Städtetages gewählt worden.

Aus der Landeshauptstadt

„Tinte und Schminke“; Presse- und Bühnenfest 1928. Auf zahlreiche Anfragen sei mitgeteilt, daß das am 4. Februar in sämtlichen Räumen der städt. Festhalle stattfindende Presse- und Bühnenfest „Tinte und Schminke“ in der Form eines Kostümfestes beantragt wird. Die Art des Kostüms ist jedem Besucher und jeder Besucherin freigestellt, doch sei bemerkt, daß das Fest den Untertitel „Schwarz und Weiß“ führt und es sehr erwünscht wäre, wenn die Kostüme sich dem Rahmen des Festes wenigstens einigermaßen anpassen würden. Ein Kostümswag wird zwar nicht ausgestellt und es ist für Damen und Herren auch Gesellschaftstollette zulässig, andererseits aber liegt es doch im Interesse der Festteilnehmer selbst, im Kostüm zu erscheinen und dieses möglichst originell auszugestalten, da hierdurch Frohsinn und Humor wesentlich gefördert werden. Überdies ist seitens der Festleitung beabsichtigt, die drei originellsten Kostüme zu prämiieren. — Anmeldungen zur Teilnahme an dem Fest, die möglichst zu beschleunigen sind, wollen ausschließlich brieflich an das Zentralbüro der Festleitung (bei Chefredakteur Amend, Raifriedrichstr. 14) gerichtet werden.

Die Bad. Lichtspiele-Konzerthaus, die im vergangenen Jahre eine ganze Reihe hervorragender Filme gezeigt haben, eröffnen das neue Jahr mit einem in Karlsruhe zum erstenmal gezeigten Großfilm, „Entfesselte Elemente“.

Winterhuden. Die scharfe Kälte der letzten Tage, verbunden mit Nauhreif, hat in den Hochwäldern des Schwarzwaldes erheblichen Schaden angerichtet.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Die Rückseite der Depression erreichte um heute Nacht und brachte Schnee, der mit zunehmender Ernüchterung in den tieferen Lagen in Regen überging und Glatteis bildete.

Kurze Nachrichten aus Baden

Freiburg i. Br., 3. Jan. Der Direktor der Chirurgischen Universitätsklinik, Geheimrat Professor Dr. Veger, hat einen Ruf an die Chirurgische Klinik nach München als Nachfolger des vor einiger Zeit nach Berlin berufenen Geheimrats Prof. Dr. Sauerbruch erhalten.

Karlsruhe, 3. Jan. Revistons-Oberinspektor a. D. Stefan Herrmann in Karstadt feierte gestern seinen 80. Geburtstag.

Donndorf, 3. Jan. Am 1. Januar konnte das Donndorfer Volksblatt sein 25jähriges Jubiläum begehen.

Überlingen, 3. Jan. Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse hat auf den 8. Januar eine außerordentliche Ausschusssitzung anberaumt.

Badenweiler, 3. Jan. Am Neujahrstage konnte die fleißige Weingroßhandlung Böllin, die vor 26 Jahren nach Badenweiler übersiedelte, auf ihr 100jähriges Bestehen zurückblicken.

Zweibrücken, 4. Jan. Die Platzkommandantur erklärt zu den Zweibrücker Besatzungszwischenfällen, die sich in Gestalt von Sachbeschädigungen in der Nacht zum 30. Dezember 1927 abgepielt haben, eine Erklärung, wonach kein Deutscher von den französischen Offizieren festgenommen und in der Kaserne festgehalten wurde.

Verschiedenes

Der Winter

Während in England Tauwetter und Regen große Überschwemmungen verursachten, ist in Italien ein neuer Kälteeinbruch eingetreten.

Kinder auf einer Eisscholle abgetrieben

Beim Eintritt der Flut wurden vom Wilhelmshavener Strand sechs Kinder mit einer Eisscholle abgetrieben.

Das Berliner Palais de Danse in Konkurs

Wie das „R. Z.“ erfährt, sind die Metropolbetriebe das Palais de Danse und der Pavillon Rosette in der Behrenstraße in Konkurs geraten.

Ein Dornier-Supercat nach Genua abgeliefert

Die Dornier Metallbauten in Friedrichshafen haben am Dienstag einen neuen Supercat an die italienische Luftfahrtgesellschaft nach Genua abgeliefert.

Ris Grayson von den Wellen verschlungen

BW. Basel, 4. Jan. (Tel.) Ein Privattelegramm der „Nationalzeitung“ in New York meldet, daß nach Angabe des im Hafen von Portland eingetroffenen Dreimastlers „Rose Anne Belliveau“ die Fliegerin Ris Grayson und ihr Begleiter am 23. Dezember abends gegen 8 Uhr in ungeheurem Sturm auf offener See ganz in der Nähe des Schiffes den Tod gefunden hätten.

Coof muß wieder ins Gefängnis

Coof, der seinerzeit behauptet hatte, den Nordpol erreicht zu haben, hat einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofes in Washington zufolge die wegen Betruges über ihn verhängte Gefängnisstrafe von 14 Jahren weiter abzubüßen.

Bandel und Wirtschaft

Table with exchange rates for Amsterdam, Copenhagen, London, New York, Paris, Schweiz, Wien, Prag.

Postämteramt Karlsruhe. Die Zahl der Poststempelkunden betrug Ende Dezember 1927 42 658 und Ende November 1927 42 532.

Von der Redarschiffahrt. Mit dem Jahreswechsel trat auch ein Wechsel in der Leitung des Schiffahrtskommissariats Heilbronn-Mannheim ein.

Die italienische Automobilfabrik ist in den ersten neun Monaten 1927 gegen die gleiche Zeit des Vorjahres um 509 Millionen Lire zurückgegangen.

Südwestliche Baugewerks-Berufsgenossenschaft Sektion II, Karlsruhe.

Bekanntmachung. Nachdem bis zum festgelegten Termin, d. h. bis zum 21. Dezember 1927, keine weiteren Vorschlagslisten seitens der hierzu berechtigten Arbeitgeberverbände eingereicht worden sind...

Südwestliche Baugewerks-Berufsgenossenschaft Sektion III, Freiburg i. Br.

Bekanntmachung. Nachdem bis zum festgelegten Termin, d. h. bis zum 22. Dezember 1927, keine weiteren Vorschlagslisten seitens der hierzu berechtigten Arbeitgeberverbände eingereicht worden sind...

Berufsbürgermeisters

für die Stadtgemeinde Godesheim ist neu zu besetzen. Geeignete Bewerber wollen ihre Bewerbungen unter Anschluß von Lebenslauf sowie Zeugnissen mit Angabe der Gehaltsansprüche bis spätestens 24. Januar 1928 an den Gemeinderat einreichen.

Öffentliche Sparkasse Böhlingen.

Table with financial data: Vermögen (Kassenbestand, Guthaben bei Girozentrale, Hypothekendarlehen, etc.) and Schulden (Spareinlagen, Giroeinlagen, etc.).

Bürgerl. Rechtspflege

Streitige Gerichtsbarkeit. Nr. 247. Über das Vermögen des Mehgers Oskar Müller in Jochenheim wurde heute nachmittag 5 1/2 Uhr Konkurs eröffnet.

Fremdlicher Holzverkäuf

bad. Forstamt Randers, Donnerstag, den 12. Jan. 1928: 453 Festmeter La- und Fichtenholz in 4 Losen.

Bauarbeiten (Ausbau)

Für das Hauptgebäude der Nebenerbedelungsanstalt Freiburg am Schlierbergweg sind nach Finanzministerialverordnung vom 27. Juli 1922 öffentlich zu vergeben.

Advertisement for Loterie Einnehmer-Glück, featuring 'Ludwig Schweigut' and 'Flügel Pianinos 724 Harmoniums'.

Advertisement for COLOSSEUM Waldstraße 16, featuring 'REVUE Wien und die Wiener'.

Advertisement for 'Lest Bücher Wissen ist Macht!' featuring a list of books for sale.